
**Protokoll der
ausserordentlichen Gemeindeversammlung der
Einwohnergemeinde
vom 16. September 2024, 20.00 Uhr**

Vorsitz	Susanne Koch
Protokoll	Denise Bacher
Stimmenzähler	Ramona Berner, Stephan Messerschmid

Anwesend sind	49 Stimmberechtigte
Entschuldigt:	Wally Allemann, Ruth Jeker
Gäste:	Claudia Henz, Carmen Oruc, Fabiola Strohmeier

Begrüssung

Susanne Koch begrüsst die Anwesenden zur heutigen ausserordentlichen Gemeindeversammlung.

Als Stimmenzähler schlägt sie Ramona Berner und Stephan Messerschmid vor. Sie werden ohne Gegenvorschlag gewählt.

Traktandenliste

Susanne Koch erwähnt, dass das Traktandum 1 sie selbst und das Traktandum 2 sie zusammen mit Vizepräsident Dieter Christ präsentieren wird. Sie weist darauf hin, dass zur selben Zeit die Gemeindeversammlungen in Büsserach und Fehren stattfinden.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

Traktanden

- 1. Stellenplan Verwaltung: Aufstockung Gemeindeschreiberei**
 - 2. Verwaltungsgemeinschaft Büsserach, Erschwil, ev. Fehren in Sachen Gemeindeverwaltung unter Lead Büsserach, Konsultativabstimmung**
 - 3. Verschiedenes**
-

1. Stellenplan Verwaltung: Aufstockung Gemeindeschreiberei

Antrag: Die Gemeindeversammlung beschliesst, den Stellenplan Verwaltung um 20% auf total 220% anzuheben.

Die Gemeindeverwaltung wird aktuell getragen durch fünf Mitarbeiterinnen mit folgenden Pensum:

Denise Bacher, Einwohner-/Fremdenkontrolle, Gemeindeschreiberin	30%
Claudia Henz, Finanzverwalterin (inkl. Mandat Sozialregion)	60%
Carmen Oruc, Steuern, Kreditoren, Ausgleichskasse, Bürgergemeinde	40%
Fabiola Strohmeier, Lohnwesen, Sekretariat Baukommission (Mandat KTW)	50%
Susanne Koch, juristische Sachbehalte, Korrespondenz, Webseite, IT	10%

Die mit 10% dotierten Arbeiten der Präsidentin sind insgesamt zu tief angesetzt. Viele der Arbeiten können kaum durch den neuen Präsidenten/die neue Präsidentin zum Teil im Ehrenamt erledigt werden.

Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass eine Stelle Gemeindeschreiberei mit den klassischen Gemeindeschreiberarbeiten zu schaffen ist, die neben der Protokollierung auch zuständig für die Traktandierung und Ausfertigung der Beschlüsse sowie als Bindeglied zum Gemeinderat zuständig sein wird.

Aufgrund des kontinuierlichen Wegfalls der Steuerverwaltung (Einheitsbezug) werden innerhalb der Verwaltung Verschiebungen möglich (z.B. Einwohner-/Fremdenkontrolle). Insgesamt sollte das Pensum der Gemeindeschreiberin 60% umfassen.

Im Jahr 2021 wurde dem Gemeinderat die Kompetenz erteilt, Verwaltungsstellen im Rahmen von 200% zu besetzen. Aktuell sind davon 190% besetzt (inkl. Fremdmandaten).

Camille Wohlgemuth:

Er fragt, wieviel Stellenprozente für die Verwaltung Erschwil aktuell gerechnet sind.

Susanne Koch:

190 % (davon 10% Sozialregion, 20% KTW), antwortet Susanne Koch. Der Stellenprozentsatz ist im Vergleich zu Fehren und Büsserach in Erschwil tiefer angesetzt.

Es gibt keine weiteren Fragen, weshalb die Präsidentin über den Antrag des Gemeinderats abstimmen lässt:

Der Antrag wird einstimmig angenommen:

Beschluss: Die Gemeindeversammlung beschliesst, den Stellenplan Verwaltung um 20% auf total 220% anzuheben.

2. Verwaltungsgemeinschaft Büsserach, Erschwil, ev. Fehren in Sachen Gemeindeverwaltung unter Lead Büsserach, Konsultativabstimmung

Antrag: Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung konsultativ:

Die Gemeinde Erschwil geht mit den Gemeinden Büsserach und ev. Fehren eine Verwaltungsgemeinschaft ein, wobei sämtliche Mitarbeiterinnen von der Gemeinde Büsserach übernommen und angestellt werden.

Die Gemeinde Fehren hat ab Frühling 2024 mit der Gemeinde Büsserach ein Projekt gestartet mit dem Ziel, die Verwaltungsleistungen gemeinsam zu erbringen. Die Idee wurde im Juni dem

Gemeinderat Erschwil vorgetragen mit dem Vorschlag zu prüfen, inwieweit eine solche Lösung auch sinnvoll für die Gemeinde Erschwil wäre. Bei einer Zustimmung würde im Jahr 2025 die Umstellung/Migration erfolgen, Start der Zusammenarbeit wäre auf 1.1.2026 geplant.

Die Projektgruppe Fehren-Büsserach-Erschwil ist der Ansicht, dass mit einer solchen Zusammenarbeit Synergien genutzt werden können, insbesondere in Bezug auf die Kenntnisse der Verwaltungsarbeiten, der Stellvertretungen sowie der Spezialisierungen.

Das gesamte Verwaltungspersonal würde durch die Gemeinde Büsserach angestellt, damit einheitliche Anstellungsbedingungen vorliegen und auch die Weisungsrechte geregelt sind. Arbeitsort ist das Gemeindehaus Büsserach, wobei die Gemeinden Fehren und Erschwil jeweils mit Schalterstunden abgedeckt würden.

Aufgrund dessen, dass die politischen Gemeinden nicht fusionieren, sondern eigenständige Körperschaften bleiben, müssen in Büsserach für die Gemeinden Fehren und Erschwil Softwarelizenzen der gemeindeverwaltungsspezifischen Software sowie der Geschäftsverwaltungssoftware inkl. Einführung beschafft werden.

Gemäss vorliegender Offerte belaufen sich diese Kosten auf Fr. 100'000/Gemeinde einmalig sowie Fr. 23'000 wiederkehrend für die Lizenzen. Weiter müssen Arbeitsplätze in Büsserach ausgerüstet werden.

Ab 1.1.2026 würden alle Kosten über die Gemeinde Büsserach laufen, die anfallenden Lohn- und Sachkosten werden nach Einwohnerschlüssel geteilt; für die Gebäudenutzung würden für Erschwil Fr. 7'500 und für Fehren Fr. 5'000 anfallen.

Der Gemeinderat Erschwil hat sich an zwei Sitzungen mit dem Anliegen beschäftigt, zudem waren Vertreterinnen von Erschwil an zwei Sitzungen der Arbeitsgruppe dabei.

Da die Gemeindeversammlung den Zusammenarbeitsvertrag sowie den daraus folgenden Kreditantrag zur Beschaffung der Software genehmigen muss, diese Unterlagen aber noch nicht ausgearbeitet sind, soll in einem ersten Schritt bei den drei Gemeinden im Rahmen einer Konsultativabstimmung die Meinung der Gemeindeversammlung erfragt werden. Die konkreten Verträge sollen bei einer Zustimmung bis zur Budget-Gemeindeversammlung vorliegen, ebenso die entsprechenden Kreditanträge (Fr. 100'000).

Der Gemeinderat Erschwil sieht den Vorteil einer solchen Verwaltungsgemeinschaft, weil dies zeitgemäss ist und grössere Verwaltungseinheiten Aufgaben effizienter bearbeitet werden können.

Gegen den Vorschlag spricht, dass in Erschwil zum jetzigen Zeitpunkt kein Handlungsbedarf vorliegt, weil die Gemeindeverwaltung Erschwil gut funktioniert (Stellvertretungen geregelt, keine Engpässe bei Arbeitsplätzen, kein Fachkräftemangel, Software muss noch nicht zwingend abgelöst werden).

Die detaillierten Projektziele mit Vor- und Nachteilen hat die Arbeitsgruppe Verwaltungsgemeinschaft in einem Dokument zusammengetragen, die Beschreibung befand sich im Anhang zur Einladung.

Wolfgang Zanger:

Er erwähnt einige von Dieter Christ aufgezählte Vorteile in Bezug auf die Effizienzsteigerung (z.B. Zahlung per Twint, Kartenzahlung, eBill-Rechnungen) (siehe Dokument Projektziele mit Vor- und Nachteilen der Arbeitsgruppe Verwaltungsgemeinschaft). Die jetzige Verwaltung Erschwil funktioniert seiner Meinung nach gut und es muss nichts geändert werden. Für ihn macht es den Anschein, dass in Büsserach ein grosses Verwaltungsgebäude mit leeren Zimmern zur Verfügung steht und deshalb die Gemeinde Erschwil miteinbezogen wurde.

Gleichzeitig teilt er mit, dass die erwähnten Mehrkosten in Höhe von Fr. 100'000 nicht stimmen können. Es wird vermerkt, dass die Kosten für das Gebäude Büsserach, im Zusammenhang mit

der Zusammenlegung der drei Gemeinden, allein von den Gemeinden Erschwil und Fehren getragen werden müssen. Nirgends wird erwähnt, ob aktuell zum Beispiel genügend Toiletten vorhanden sind oder ob Neue gebaut werden müssen. Er bemängelt, dass solche Aspekte in den vorhandenen Unterlagen nicht beschrieben wurden.

Herr Zanger erwähnt die Kosten für die neue Software. Fr. 40'000 sei ein hoher Betrag, der nicht stillschweigend behandelt werden könne. Zudem würde die jetzige Software vermutlich noch weitere 5 Jahre funktionieren.

Er nimmt Bezug auf die erwähnten Ersparnisse der neuen Lizenzen. Seiner Meinung nach stimmt auch dieser Punkt nicht, da man einen gewissen Zeitraum neue und alte Lizenzen bezahlen müsste. Niemand weiss zurzeit, wie lange der Zeitraum dauern würde, bei der beide (neue und alte) Lizenzen bezahlt werden müssen.

Die älteren Einwohner/innen schätzen es, dass das jetzige Gemeindepersonal bei Problemen in seltenen Fällen sogar zu einem nach Hause kommt, um Hilfe zu leisten. Er denkt nicht, dass das Personal von Büsserach das auch so handhaben würde.

Des Weiteren wird die etwas längere Autofahrzeit vermerkt. Diejenigen Personen, die auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen sind, werden nicht erwähnt. Ein Besuch auf der Verwaltung Büsserach bräuchte in Bezug auf die Hin-/und Rückfahrt inkl. Wartezeit einen viel grösseren Zeitaufwand wie bis anhin.

Das einzige positive Argument sei, dass das Gebäude in Büsserach rollstuhlgängig ist.

Wie werden zum Beispiel die Abwassergebühren von Erschwil verrechnet, fragt Herr Zanger.

Susanne Koch:

Es werden keine Rechnungsgebühren verrechnet. Auch bei einem Zusammenschluss nicht. Es spielt keine Rolle, ob Büsserach oder Erschwil die Rechnungen stellen wird.

Dieter Christ:

Die Rechnungsstellung stelle keinen Auftrag dar, der Erschwil an Büsserach erteilen würde. Die Kosten würden möglichst genauso wie es bereits heute aufgeteilt ist, verrechnet. Wenn aus der Zusammenlegung Ersparnisse resultieren würden, komme das auch Erschwil zugute. Die Gemeinde Büsserach geht davon aus, dass sich die Zusammenarbeit nach einer gewissen Zeit lohnen würde, ansonsten würde das Projekt gar nicht gefördert werden.

Betr. die Kosten für die Räumlichkeiten: Das sind Kosten, die es aktuell bräuchte, wie zum Beispiel für das Einrichten neuer Arbeitsplätze und IT-Dosen.

Es ist nicht so, dass Büsserach diese Zusammenarbeit unbedingt will. Er selbst war es, der sich einen Gemeindeverwaltungs-Zusammenschluss vorstellen konnte und die Idee dem Gemeinderat Erschwil vorstellte. Es ergäbe sich eine Sicherheit in Bezug auf den Wegfall von Personal. Einige Gemeinden haben grosse Probleme, gutes Personal zu finden. Er hoffe nicht, dass das bei der jetzigen zu besetzenden Stelle der Gemeindeschreiberin der Fall sein wird. Auch der Wegfall des Know-hows von Susanne Koch stellt ein Problem dar. Auch mit einer topqualifizierten neuen Gemeindeschreiberin kann dieses nicht ersetzt werden. Mit den 3 Gemeinden hätte man ein grosses Wissen, dass man zusammen auffangen könnte.

Wolfgang Zanger:

Es funktioniert bereits alles bestens.

Susanne Koch:

Dieter Christ meint, dass mit dem Wegfall von Susanne Koch dieses Know-how verloren geht. Aus ihrer Sicht könnte man diese Arbeit aber nur mit einer Gemeindeschreiberin und dem Verwaltungsteam auffangen. Das Know-how nützt nichts, wenn dieses in Büsserach ist.

Wolfgang Zanger:

Das haben wir bereits.

Susanne Koch:

Bestätigt die Aussage, dass das aktuell noch der Fall ist. Es geht heute nicht darum, wie die Problematik gelöst werden könnte, sondern ob wir einen gemeinsamen Weg mit Büsserach und Fehren sehen oder nicht.

Richard Grolimund:

Eine Zusammenlegung habe man bereits vor einigen Jahren angedacht. Was ihn erstaunt ist, dass Wolfgang Zanger derart negativ dazu eingestellt ist. Herr Grolimund ist der Meinung, dass man garantiert Kosten einsparen würde. Die bereits umgesetzten Zusammenlegungen sprechen Zahlen und zeigen auf, dass es funktioniert. Wir werden vermutlich alle in Zukunft mehr von einer Gemeindeverwaltung und deren Personal verlangen. Die jetzigen Gemeindeverwaltungsmitarbeiterinnen sind kompetent, aber wir müssen diesen Schritt gehen, bevor das nicht mehr der Fall sein wird und wertvolle Arbeitskräfte kündigen. Er sieht nur positive Aspekte, diesen Schritt zu wagen.

Rita Amann:

Möchte wissen, wie es aussehen würde, wenn Erschwil sich erst in drei Jahren zu diesem Projekt entscheidet. Sind ausser den erwähnten Kostenersparnisse noch weitere negative Punkte/Komplikationen vorhanden?

Dieter Christ:

Es ist so, dass wenn Fehren und Büsserach einen gemeinsamen Vertrag ausgearbeitet haben, Erschwil nichts anderes übrigbleibt, diesen Vertrag zu akzeptieren. Aktuell könnte man noch mitverhandeln.

Susanne Koch:

Frau Koch meint, dass Details sicherlich noch ausgehandelt werden könnten. Die Frage sei, ob es auch in Etappen möglich wäre, was sie bestätigt.

Dieter Christ:

Er verweist erneut auf die Kostenersparnisse der neuen Software. Er erörtert, dass man bezüglich der Installation wie zum Beispiel Kabelverlegung etc. mit Sicherheit Kosten einsparen würde. Die entsprechenden Schulungen sowie die Projektleitung könnte man ebenso zusammen umsetzen. Gewisse Mehrkosten würden seiner Meinung nach auf jeden Fall resultieren, wenn ein Zusammenschluss zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt würde.

Vera Borer:

Ist es noch zeitgemäss, so viele Arbeitsplätze auszustatten, jetzt wo Homeoffice üblich ist?

Dieter Christ:

Das ist eine berechtigte Frage vor allem in Bezug auf die vielen Teilzeitmitarbeiter/innen die aktuell angestellt sind. Dieser Punkt wird bestimmt näher diskutiert.

Susanne Koch:

Fr. 100'000 sind nicht reine Softwarekosten. Fr. 40'000 sind für die neue Software miteingerechnet und Fr. 60'000 für Projektparametrisierung (Einarbeitung etc.).

Dieter Christ:

Bei der Software würde man Lizenzen einsparen. Diese Kosten wären bei einer Zusammenlegung kleiner.

Camille Wohlgemuth:

Eine Zusammenschliessung in Bezug auf gemeinsame IT (Software) sei sinnvoll und ausser Diskussion. Er möchte wissen, was mit dem jetzigen Verwaltungsgebäude passieren würde. Wieso kann nicht ein Teil des Personals hierbleiben? Er bevorzugt vor allem, dass die Bauverwaltung im Dorf bleiben würde. Die Räume sind bereits vorhanden. Könnte man nicht eine andere Form der Zusammenarbeit umsetzen?

Dieter Christ:

Herr Wohlgemuths Idee wäre eine Möglichkeit. Er selbst sieht die Problematik, dass der Knowhow-Austausch nicht gleich umgesetzt werden könnte, wenn man nicht im selben Gebäude arbeitet.

Gabriel Grolimund:

Raum wird immer gesucht. Die Schulen und Vereine künden immer wieder Bedarf an freiem Räumen an.

Gabriel Grolimund:

Wie sieht es in Bezug auf das Archiv aus?

Dieter Christ:

Mit der neuen Software ist es die Idee, vieles zu digitalisieren. Das ganze Archiv kann man nicht zügeln und in der ersten Zeit müsste man sicherlich Unterlagen hin und her transportieren. Je mehr Jahre vergehen, desto weniger würden die alten Unterlagen benötigt werden. Es steht noch nicht fest, wie das genau gehandhabt würde. Sicher ist, dass man einen Arbeitsplatz hier in Erschwil für Schalterstunden behalten würde. Er kann sich gut vorstellen, dass man die Bauverwaltung für z.B. einen halben Tag hier fix belassen würde.

Camille Wohlgemuth:

Ein halber Tag reicht nicht aus. Die Bauverwaltung sollte hier in Erschwil bleiben, da die Mitglieder der Bauverwaltung engen Kontakt mit der jetzigen Sekretärin, Fabiola Strohmeier, haben.

Dieter Christ:

Es ist nicht so, dass man die Bauverwaltung nach Büsserach zügeln würde. Es wäre lediglich die Mitarbeiterin, die den Arbeitsplatz verlegen würde.

Camille Wohlgemuth:

Die Bauverwaltung nach Büsserach zu holen, macht keinen Sinn, da Fabiola Strohmeier immer die Unterlagen in Erschwil holen müsste. Eine Fusion würde er grundsätzlich begrüssen. Eine gemeinsame Nutzung der Software sowieso, aber die Bauverwaltung nicht.

Martin Hauser:

Man spricht von einem Zusammenarbeitsvertrag. Aber es wird klar zum Ausdruck gebracht, dass es ein Modell ist, wo Büsserach den Lead haben würde. Es ist in der Industrie bekanntlich so, dass wenn eine Grossfirma eine kleinere Firma übernimmt, die kleinere nach kurzer Zeit nicht mehr existiert. Er glaubt, dass das bei diesem Projekt auch so sein würde. Die jetzigen Mitarbeiterinnen würden nach Büsserach transferiert und es wäre der Gemeinderat Büsserach, der inskünftig das Personal einstellen würde und nicht der Gemeinderat Erschwil. Er würde ein Zusammenarbeitsmodell bevorzugen, wo alle dasselbe Mitspracherecht haben sollten.

Dieter Christ:

Es ist nicht so, dass der Gemeinderat Büsserach bestimmt. Es heisst zwar „Lead Büsserach“, aber es würde nicht so sein, dass Büsserach über Kosten, die Erschwil betreffen, bestimmt. Es müsste ein Gremium gebildet werden, sodass alle Gemeinden dasselbe Mitspracherecht haben würden.

Martin Hauser:

Der Arbeitgeber wäre aber Büsserach und nicht der Zweckverband, richtig?

Dieter Christ:

Es ist kein Zweckverband. Dann würde man eine neue Rechtsform bilden. Ihm ist klar, dass Erschwil weiterhin ein Mitspracherecht haben würde.

Camille Wohlgemuth:

Die Einstellung des Personals und deren Löhne würde aber durch Büsserach erfolgen. Richtig?

Dieter Christ:

Er verneint die Aussage. Man müsste ein Gremium bilden, welches genau diese Punkte definieren würde.

Wolfgang Zanger:

Wieso hat man die Gemeinde Beinwil nicht miteinbezogen?

Dieter Christ:

Weil er selbst im Gemeinderat Erschwil ist und bei der Gemeinde Büsserach arbeitet, hat man die Gemeinde Erschwil miteinbezogen. Zum anderen ist es so, dass Beinwil bereits jetzt Aufgaben extern vergeben hat. Grindel zum Beispiel hat die Finanzverwaltung komplett outsourced. Ein Zusammenschluss bedeutet am Anfang einen Mehraufwand. Das heisst, am Anfang müsste weiteres Personal angestellt werden, um diesen Mehraufwand bewältigen zu können.

Markus Marolf:

Was würde man denn am Schalter Erschwil noch für Dienstleistungen erhalten?

Dieter Christ:

Die Software ermöglicht ein Arbeiten von überall. Man könnte zum Beispiel weiterhin eine Identitätskarte beantragen. Eigentlich alle Dienstleistungen wie bis anhin, ist Dieter Christ der Ansicht.

Markus Marolf:

Er hat etwas Bedenken. Die Postfiliale in Erschwil wurde aufgehoben. Eine Bank befindet sich auch keine mehr in Erschwil und jetzt eventuell bald keine Gemeindeverwaltung. Er möchte daran erinnern, dass damals bei der Bankfusion versprochen wurde, dass die Bankfiliale in Erschwil bestehen bleibe. Ein halbes Jahr später war die Filiale aufgelöst. Er befürchtet, dass hier dasselbe passieren würde.

Dieter Christ:

Wie der Bedarf der Einwohner/innen von Erschwil des Schalterdienstes ist, würde infolge der Öffnungszeiten berücksichtigt werden. Man muss berücksichtigen, dass eine Gemeindeverwaltung heute nicht mehr dieselbe Wichtigkeit hat, wie damals vor x Jahren. Er erörtert, dass wenn man nicht für eine Kommission tätig ist und ein „normaler Bürger“ ist, einen Besuch des Schalters alle 10 Jahre für die Neuausstellung einer Identitätskarte o.Ä. abstattet.

Ramona Berner:

Dem stimmt sie nicht zu. Sie war im letzten halben Jahr x-Mal auf der Gemeinde für persönliche Anliegen und für Anliegen von älterem Einwohner/innen, die nicht mobil sind. Sie habe nur gute Erfahrungen gemacht. Wo sie Bedenken hat, ist, dass man die Gemeinde Fehren dazu nimmt. Es ist bekannt, dass Fehren aktuell Probleme hat. Büsserach und Erschwil funktionieren. Ob unter diesen Voraussetzungen eine Fusion sinnvoll ist, sei fraglich. Ihr scheint es so, dass man das Projekt ins Rollen bringt, weil Susanne Koch als Gemeindepräsidentin nicht mehr antreten wird. Das bringe einen Umbruch mit sich, aber allenfalls auch eine Chance.

Susanne Koch:

Sie präzisiert, es handelt sich nicht um eine Fusion.

Vera Borer:

Wie oft wird der Schalterdienst aktuell benutzt, möchte Vera Borer wissen.

Fabiola Strohmeier:

Momentan wird dieser sehr stark in Anspruch genommen. Es gibt Tage, an denen 8-10 Personen den Schalterdienst nutzen und an anderen Tagen weniger. Sie kann nicht feststellen, dass der Schalterdienst weniger benutzt wird. Infolge der Digitalisierung wird das mit Sicherheit abnehmen, aber ihrer Meinung nach wird es auch in Zukunft ein Schalterdienst brauchen.

Vera Borer:

Wie oft in der Woche ist der Schalter zurzeit geöffnet?

Fabiola Strohmeier:

Jeden Tag, ausgenommen donnerstags.

Vera Borer:

Das heisst, es besuchen pro Tag ca. 8 Personen den Schalter, richtig?

Carmen Oruc:

Der Schalter wird immer unterschiedlich benutzt, aber er ist jeden Morgen ausser donnerstags geöffnet, zusätzlich jeweils Dienstag- und Mittwochnachmittag. Die „Nachmittags-Schalter“ sind ab diesem Jahr sehr gut angenommen worden.

Susanne Koch:

Deshalb haben wir abends jeweils nicht mehr geöffnet.

Camille Wohlgemuth:

Wie zwingend muss das Personal auf Büsserach zügeln? Das bringt seines Erachtens am meisten Protest.

Dieter Christ:

Das Arbeiten untereinander wird selbstverständlich schwieriger, wenn das Personal hier in Erschwil bleiben würde.

Susanne Koch:

Angedacht ist, dass die Führung in Büsserach und der Arbeitsort Büsserach sein wird.

Camille Wohlgemuth:

Er ist der Ansicht, dass die Distanz heutzutage kein Problem mehr darstellt. Könnte man die Arbeitsplätze nicht in Erschwil belassen, so dass die Räumlichkeiten in Büsserach nicht umgebaut werden müssen?

Susanne Koch:

Im Antrag wird klar vermerkt, dass die Mitarbeiterinnen in Büsserach arbeiten sollen.

Camille Wohlgemuth:

Das Papier ist geduldig.

Susanne Koch:

Das ist genau das, was der Gemeinderat Erschwil von der Gemeindeversammlung in Erfahrung bringen möchte, d.h. ob die Einwohner/innen Erschwil dafür stimmen oder nicht.

Camille Wohlgemuth:

Herr Wohlgemuth befürchtet, dass wenn der Antrag so formuliert und bestehen bleibt, es ein Nein geben wird und dann hat niemand gewonnen.

Rolf Haas:

Im Gemeinderat hatten wir exakt solche Diskussionen. Heute Abend stimmen wir ab, ob wir das, was uns heute vorliegt, befürworten oder nicht. Wollen wir eine Weiterverfolgung des Projekts oder nicht. Bitte schafft eine Grundlage aus, die konkreter ist, sodass wir anschliessend nochmals neu darüber abstimmen können. Für einige Gemeinderäte/Gemeinderätinnen kam die Projektidee und deren Umsetzung viel zu schnell. Er ist der Ansicht, dass ein Zusammenschluss kommen wird und die Argumente von Dieter Christ nachvollziehbar sind, aber er fragt sich, ob die Umsetzung „Hals über Kopf“ erfolgen muss. Ein Nein heisst für ihn nicht ein Nein, sondern man soll eine neue Grundlage ausarbeiten.

Er fordert das Verwaltungspersonal auf, ihre Meinungen auszusprechen, denn sie sind die Direktbetroffenen.

Fabiola Strohmeier:

Wir als Verwaltungsteam haben im Moment keinen Zugzwang. Unsere Gemeindeverwaltung funktioniert sehr gut. Auch die IT-Infrastruktur funktioniert bestens. Die gegenseitigen Stellvertretungen sind gewährleistet. Wir haben attraktive Arbeitsplätze in Erschwil und fühlen uns sehr wohl, so wie es ist. Unsere Tätigkeiten in Erschwil sind sehr abwechslungsreich, was in Büsserach anschliessend nicht mehr der Fall wäre. Die Tätigkeiten würden aufgeteilt und spezifischer werden und nicht mehr so vielseitig. Die Nähe zum Gemeinderat, zu Kommissionsmitglieder/innen, zur Schule, zum Gemeindearbeiter und selbstverständlich zur Bevölkerung würden verloren gehen, wenn wir neu die Arbeitsplätze in Büsserach haben würden. Wir bieten gute Schalteröffnungszeiten an und bei uns kann man jederzeit ausserhalb der Schalteröffnungszeiten vorbeikommen, was nachher sicherlich sehr eingeschränkt stattfinden würde. Bei einem Verwaltungszusammenschluss würde das bedeuten, dass es einen weiteren Dienstleistungsabbau im Dorf geben würde. Unter anderem würden Arbeitsplätze in Erschwil verloren gehen. Für die Bauverwaltung, wo Fabiola Strohmeier primär betroffen ist, hätte ein Zusammenschluss zur Folge, dass sie permanent pendeln müsste, zumindest in den ersten 3 Jahren, bis der komplette e-Bau umgesetzt wurde. Die Einführung des e-Baus plant der Kanton SO im Sommer 2025. Das heisst, das komplette Bauarchiv muss in den nächsten Jahren digitalisiert werden. Für den Zusammenschluss spricht ihrer Meinung nach, dass wir eine moderne IT-Infrastruktur und -Software zur Verfügung haben würden und der Austausch intern mit Fachpersonal würde breiter zur Verfügung stehen. Damals beim Wegfall der Post-/und Bankfiliale konntet ihr als Volk nicht mitbestimmen. Hier bei der Gemeindeverwaltung liegt es in euren Händen. Das Verwaltungsteam kann in Erschwil wie auch in Büsserach arbeiten, das steht ausser Frage.

Daniela Linz:

Betr. Archiv: Dasselbe Problem hat Büsserach auch. Aus einer gemeinsamen Umsetzung würden bestimmt Ressourcenersparnisse erfolgen.

Fabiola Strohmeier:

Ob eine Zusammenlegung der Bauverwaltung geplant ist, wurde bis dato noch nicht angesprochen.

Susanne Koch:

Für dessen Umsetzung müsste man sowieso eine externe Firma miteinbeziehen, ergänzt Frau Koch.

Dieter Christ:

Ihm ist diesbezüglich noch nichts bekannt.

Fabiola Strohmeier:

Das Einscannen der Bauunterlagen müsste vermutlich extern vergeben werden. Sie hat bereits eine entsprechende Offerte angefordert.

Daniela Linz:

Speziell, dass wir vom Gemeinderat von dieser Offerte noch nicht in Kenntnis gesetzt wurden, erwähnt Daniela Linz.

Fabiola Strohmeier:

Wenn man dieser Digitalisierung zustimmt, wird eine entsprechende Umsetzung in den kommenden 3-4 Jahren auf uns zukommen. Sie ist sich sicher, dass wenn dem Verwaltungszusammenschluss heute zugestimmt wird, sie eine längere Zeit pendeln müsste.

Daniela Linz:

Es sei denn, man würde das umsetzen, was Camille Wohlgemuth angesprochen hatte. Vertraglich kann man alles regeln, fügt sie hinzu.

Susanne Koch:

Die Sachverhalte sind klar definiert.

Wolfgang Zanger:

Im Gemeinderat wurde mit 4:3 Stimmen für eine Fusion abgestimmt. Wenn das Resultat 6:1 gewesen wäre, würde das Resultat dafürsprechen, dass sich der Gemeinderat darüber einig wäre.

Susanne Koch:

Es spielt keine Rolle, wie das Resultat im Gemeinderat ausfiel. Der Gemeinderat war sich nicht einig, das ist so.

Markus Marolf:

Er hat eine Verständnisfrage. Wenn wir jetzt heute Abend Ja sagen, erfolgt ein pfannenfertiger Vertrag. Kann man zu diesem noch Ja oder Nein sagen?

Dieter Christ:

Er stimmt dem zu.

Susanne Koch:

Wenn man unsicher ist, ob man dem im Dezember einem Antrag zustimmen soll oder nicht, dann lässt man es lieber sein, fügt Susanne Koch hinzu. So müsse der Gemeinderat und die Arbeitsgruppe keine weiteren Stunden dafür einsetzen, um alles auszuarbeiten.

Stefan Messerschmidt:

Wer bestimmt über die zukünftigen Löhne, Kosten etc.?

Dieter Christ:

Das erwähnte Gremium. Diesbezüglich bestehen sowieso Vorgaben und man ist nicht frei. Wenn jemand kündigt, wird dieser Job 1:1 ersetzt.

Carmen Oruc:

Es ist nicht so, dass sie persönlich dann nur für Erschwil arbeiten würde. Es steht fest, dass alle drei Verwaltungsangestellte anschliessend für alle 3 Gemeinden arbeiten und aufgeteilt würden. Unsere Kompetenzen würden wir für alle 3 Gemeinden einsetzen. Vermutlich würden wir uns neu aufteilen. Büsserach würde Arbeiten von uns übernehmen und wir von ihnen. Für uns persönlich würde die Arbeit spezifischer, denn jeder wäre vermutlich für einen Bereich zuständig, den wir für alle 3 Gemeinden übernehmen würden. Wenn einer von uns künden würde, ist es nicht so, dass Erschwil dann niemanden mehr haben würde, dann würde deren Tätigkeitsgebiet einfach neu aufgeteilt.

Camille Wohlgemuth:

Ihr würdet einfach spezialisierter arbeiten, richtig?

Carmen Oruc:

In meinem Fall, wo ich für die Kreditoren verantwortlich bin, würde ich vermutlich die Kreditoren von allen 3 Gemeinden übernehmen und einen anderen Bereich z.B. Debitoren abgeben.

Gregor Borer:

Fehren wäre über einen Zusammenschluss mit Büsserach froh, richtig?

Dieter Christ:

Ja, Fehren ist mit der Anfrage eines Zusammenschlusses auf die Gemeindeverwaltung Büsserach zugegangen.

Gregor Borer:

Erschwil hat nun die Möglichkeit, mitzumachen oder nicht. Das alles, was wir heute diskutieren, würde erst zu einem späteren Zeitpunkt spezifisch ausgehandelt werden. Grundsätzlich geht es darum, ob wir mitmachen oder nicht.

Susanne Koch:

Sie präzisiert, ob Fehren einem Zusammenschluss zustimmt oder nicht, wird heute Abend an deren Gemeindeversammlung beschlossen.

Martin Hauser:

Die Gemeindeversammlung hat nun Ja oder Nein zu sagen. Wenn wir dem Antrag zustimmen, dann ist klar, dass der Lead Büsserach haben wird. Die Bandbreiten sind gegeben. Die Angestellten von Erschwil werden entlassen und von Büsserach angestellt. Gibt es noch weitere Optionen für die Gemeindeversammlung? Martin Hauser fehlt die Wahl. Camille Wohlgemuth hatte einen neuen Vorschlag gemacht, was ihm entsprechen würde oder seinen Input betr. Zweckverband. Er befürwortet grundsätzlich, dass man „mit der Zeit“ gehen muss. Aber haben wir als Versammlung überhaupt eine Wahl?

Dieter Christ:

Er entnimmt aus den heutigen Diskussionen, dass wenn wir heute mit Nein abstimmen, dass gewünscht wird, eine andere Variante auszuarbeiten. Ob es grundsätzlich möglich ist, einen anderen Weg zu gehen, kann er nicht beurteilen. Das könne er als Gemeinderat nicht entscheiden. Die Anfrage müsste der Arbeitsgruppe gestellt werden.

Camille Wohlgemuth:

Mir fehlen die Optionen, um zu entscheiden.

Dieter Christ:

Er versteht seine Bedenken.

Camille Wohlgemuth:

Er findet die Idee grundsätzlich sehr gut, aber nicht unter diesen Bedingungen.

Dieter Christ:

Es können nicht alle 3 Gemeinden gleichzeitig eine Gemeindeversammlung abhandeln und überall werden andere Bestimmungen ausgehandelt.

Camille Wohlgemuth:

Stimmt dem zu. Aber wir geben Inputs und ihr habt diese anzunehmen und damit weiterzuarbeiten.

Dieter Christ.

Bejaht und dankt.

Richard Grolimund:

Heute geht es nur darum, ob wir dem Gemeinderat die Befugnis geben, weiter zu verhandeln. Richtig? Ein entsprechender Vertrag besteht zurzeit noch nicht.

Susanne Koch:

Ja, aber das „Laufgitter“ ist eigentlich gesetzt.

Camille Wohlgemuth stellt einen Gegenantrag. Susanne Koch formuliert diesen wie folgt:

Der Gemeinderat soll prüfen, ob die Option besteht, dass die Verwaltung mit den bestehenden Mitarbeiterinnen vor Ort bleibt und anschliessend neu verhandeln.

Weitere Fragen sind nicht vorhanden, weshalb die Präsidentin den Antrag des Gemeinderates vorliest.

Der Antrag wird mit 14 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt:

Die Präsidentin liest den Gegenantrag vor.

Der Gegenantrag wird mit 35 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 11 Enthaltungen angenommen:

Beschluss: Der Gemeinderat soll prüfen, ob die Option besteht, dass die Verwaltung mit den bestehenden Mitarbeiterinnen vor Ort bleibt und anschliessend neu verhandeln.

3. Verschiedenes

Es wurden keine Wortmeldungen verlangt.

Schluss der Versammlung: 21:30 Uhr

Die Präsidentin:

Die Protokollführerin:

Susanne Koch

Denise Bacher